

1962	Ausgegeben zu Bonn am 28. Juli 1962	Nr. 27
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
25. 7. 62	Abschöpfungserhebungsgesetz .....	453
26. 7. 62	Gesetz zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 (Getreide) des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft .....	455
26. 7. 62	Gesetz zur Durchführung der Verordnungen Nr. 20 (Schweinefleisch), Nr. 21 (Eier) und Nr. 22 (Geflügelfleisch) des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft .....	465
21. 7. 62	Verordnung über die Verlegung des Stichtags für die Bewertung von Aktien in den Fällen einer im Jahre 1960 durchgeführten Kapitaländerung .....	468

**Gesetz**  
**über die Erhebung der Abschöpfungen nach Maßgabe**  
**der Verordnungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft**  
**über die schrittweise Errichtung gemeinsamer Marktorganisationen**  
**für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse**  
**(Abschöpfungserhebungsgesetz)**

Vom 25. Juli 1962

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

**Abschöpfungsgegenstand**

Die Einfuhr von Waren unterliegt einer Abgabe (Abschöpfung), wenn die Erhebung einer solchen Abgabe in den Verordnungen vorgeschrieben oder zugelassen ist, die der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf Grund der Artikel 42 oder 43 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 753) erläßt.

§ 2

**Anzuwendendes Recht**

(1) Die für Zölle und Zollvergehen geltenden Vorschriften finden Anwendung, soweit sich aus den in § 1 bezeichneten Verordnungen nicht etwas anderes ergibt oder dieses Gesetz nicht etwas anderes bestimmt.

(2) Die Abschöpfung wird durch die Bundesfinanzbehörden erhoben.

§ 3

**Abschöpfungssatz**

Abschöpfungen werden nach Abschöpfungssätzen erhoben, die sich aus den in § 1 bezeichneten Verordnungen und den dazu ergangenen Durchführungsvorschriften ergeben.

§ 4

**Maßgebender Zeitpunkt**

**für die Anwendung des Abschöpfungssatzes**

(1) Die Abschöpfungsschuld bemißt sich nach dem Abschöpfungssatz, der am Tag der Einfuhr gilt.

(2) Als Tag der Einfuhr gilt der Tag, an dem erstmals ein Antrag auf Abfertigung der Ware zum freien Verkehr oder zu einem besonderen Abschöpfungsverkehr — mit Ausnahme des Abschöpfungsgutverkehrs — gestellt oder wirksam wird, die Ware angeschrieben (§ 39 in Verbindung mit § 6 Abs. 5 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 — Bundesgesetzbl. I S. 737), der zollamtlichen Überwachung vorenthalten oder entzogen oder unzulässig verändert (§ 57 Abs. 1 des Zollgesetzes) wird. Der Antrag auf Abfertigung zum freien Verkehr darf nur zurückgenommen werden, wenn die zollamtliche Überwachung der Ausfuhr beantragt wird.

(3) Werden Waren aus einem Abschöpfungsaufschublager ausgelagert, so wird der am Tage der Auslagerung geltende Abschöpfungssatz angewendet. Der Zeitpunkt der Auslagerung ist der zuständigen Zollstelle rechtzeitig vorher anzuzeigen.

(4) Wird im aktiven Veredelungsverkehr (§ 48 des Zollgesetzes) oder im Umwandlungsverkehr (§ 54 des Zollgesetzes) veredelte oder umgewandelte Ware oder Ersatzgut gestellt, so bemißt sich die Abschöpfungsschuld für Nebenerzeugnisse und Abfälle nach dem Abschöpfungssatz, der am Tag dieser Gestellung gilt.

(5) Die Absätze 1 bis 4 werden nicht angewendet, wenn in der Einfuhrlizenz nach näherer Bestimmung der in § 3 bezeichneten Vorschriften der für die Bemessung der Abschöpfungsschuld anzuwendende Abschöpfungssatz festgesetzt ist. In diesem Fall bemißt sich die Abschöpfungsschuld nach dem in der Einfuhrlizenz festgesetzten Abschöpfungssatz. Soweit hierbei eine Prämie festgesetzt wird, gilt diese als Teil der Abschöpfung.

## § 5

**Zahlungsaufschub**

Die Zahlung der Abschöpfung wird auf Antrag des Abschöpfungsschuldners bei Sicherheitsleistung bis zum 15. des auf die Entstehung der Abschöpfungsschuld folgenden Monats aufgeschoben, nach Lagerung in Abschöpfungsaufschublagern bis zum 15. des Monats, in dem die Abschöpfungsschuld fällig wird.

## § 6

**Bevorratung**

Werden abschöpfungspflichtige Waren mit Zustimmung des zuständigen Bundesministers zur Bevorratung eingeführt, so werden sie auf Antrag zum Bevorratungsverkehr abgefertigt. Die Abschöpfungsschuld entsteht an dem Tag, an dem die Waren aus der Bevorratung abgegeben werden. Abschöpfungsschuldner ist, wer die Waren abgibt; er ist verpflichtet, der zuständigen Zollstelle rechtzeitig den Tag der Abgabe sowie die zur Berechnung der Abschöpfungsschuld erforderlichen Angaben mitzuteilen. Die Abschöpfungsschuld bemißt sich nach dem für den Tag der Abgabe gültigen Abschöpfungssatz. Die Ware tritt mit Entstehung der Abschöpfungsschuld in den freien Verkehr.

## § 7

**Beteiligung der Marktordnungsstellen im Berufungsverfahren**

Werden im Berufungsverfahren (§ 229 der Reichsabgabenordnung) gegen Abschöpfungsbescheide Einwendungen gegen die von den Marktordnungsstellen bekanntgemachten Abschöpfungssätze erhoben, so können diese Stellen als Beteiligte beitreten oder zugezogen werden.

## § 8

**Befugnis zur Auskunftserteilung**

Die Bundesfinanzbehörden sind befugt, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Marktordnungsstellen Auskünfte über Umstände zu erteilen, die im Zusammenhang mit der Abschöpfung stehen.

## § 9

**Ermächtigungen**

(1) Der Bundesminister der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Durchführung dieses Gesetzes durch Rechtsverordnung

1. die in diesem Gesetz enthaltenen Begriffe erläutern,
2. soweit eine Abweichung von den Verordnungen zur Durchführung des Zollgesetzes wegen der Eigenart der Abschöpfungen angebracht ist,
  - a) die aus diesem Gesetz sich ergebenden Pflichten näher bestimmen; sein Recht, die Pflichten der Zollbediensteten im Verwaltungsweg festzulegen, bleibt unberührt,
  - b) das Verfahren bei der Erfassung des Warenverkehrs und bei der Abschöpfungsbehandlung, für die besonderen Abschöpfungsverkehre, für die anderen

im Zollgesetz vorgesehenen Verkehre, für den Erlaß und für die Erstattung (§ 40 des Zollgesetzes) näher regeln und dabei den Beteiligten, einschließlich des Käufers oder Empfängers einer Ware, die erforderlichen Anmeldungs- und Buchführungspflichten auferlegen. Er hat dabei Auskünfte, Empfehlungen und Erläuterungen der Organe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Rahmen der vertraglichen Verpflichtungen zu berücksichtigen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen stellt im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nach Maßgabe der in § 3 bezeichneten Vorschriften durch Rechtsverordnung einen Abschöpfungstarif — ohne Abschöpfungssätze — auf.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten durch Rechtsverordnung Durchführungsvorschriften zur Auslegung und Anwendung des Abschöpfungstarifes, besonders zur Abgrenzung der Tarifnummern und Tariftstellen, erlassen. Er hat dabei Auskünfte, Empfehlungen und Erläuterungen der Organe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Rahmen der vertraglichen Verpflichtungen zu berücksichtigen. Zu den Durchführungsvorschriften gehören auch technische Vorschriften für die Untersuchung und für die Vergällung von Waren.

(4) Die Ermächtigung des § 79 Abs. 1 des Zollgesetzes erstreckt sich auch auf Abschöpfungen.

## § 10

**Übergangsvorschriften**

Entsteht für abschöpfungspflichtige Waren eine Abschöpfungsschuld und liegt der nach § 4 maßgebende Zeitpunkt vor dem 30. Juli 1962, so bemißt sich die Abschöpfungsschuld nach dem Zeitpunkt, an dem sie entsteht.

## § 11

**Geltung in Berlin**

Dieses Gesetz gilt nach § 12 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

## § 12

**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am 30. Juli 1962 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 25. Juli 1962

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen  
Dr. Starke

## Gesetz zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 (Getreide) des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Vom 26. Juli 1962

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### § 1

(1) Für Weichweizen, Roggen und Gerste inländischer Erzeugung werden für jedes Getreidewirtschaftsjahr Richtpreise und Interventionspreise sowie Handelsplätze, für die diese Preise gelten, festgesetzt:

#### 1. Richtpreise

- a) Grundrichtpreise für den Handelsplatz Duisburg (frei Entladestelle Duisburg Hafen — Wasserlöschstelle —),
- b) abgeleitete Richtpreise für bestimmte Handelsplätze (frei Entladestelle an diesen Handelsplätzen).

#### 2. Interventionspreise

- a) Grundinterventionspreise für den Handelsplatz Duisburg (frei Entladestelle an dem von der Interventionsstelle bezeichneten Lager in Duisburg),
- b) abgeleitete Interventionspreise für bestimmte Handelsplätze (frei Entladestelle an den von der Interventionsstelle bezeichneten Lagern dieser Handelsplätze).

Die Richtpreise und Interventionspreise sowie die Handelsplätze ergeben sich für die Zeit vom 30. Juli 1962 bis 30. Juni 1963 aus den Anlagen 1 bis 4.

(2) Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die in Absatz 1 festgesetzten abgeleiteten Richtpreise und abgeleiteten Interventionspreise anderweitig festsetzen, soweit sich die für die Errechnung dieser Preise maßgeblichen Frachttarife ändern.

### § 2

(1) Interventionsstelle ist die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel — Einfuhr- und Vorratsstelle — (§ 7 des Getreidegesetzes).

(2) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit der Interventionsmaßnahmen Mindestmengen für den einzelnen Einkauf festsetzen.

(3) Im übrigen gibt die Interventionsstelle nach Weisung des Bundesministers die zur Durchführung der Intervention erforderlichen Richtlinien bekannt.

### § 3

(1) Die Richtpreise und Interventionspreise gelten für Getreide durchschnittlicher Beschaffenheit.

(2) Für aus gemischter Saat gewachsenen Mengkorn aus Weichweizen und Roggen gelten für die Anteile an Weichweizen und Roggen die festgesetzten Richtpreise und Interventionspreise.

(3) Die Interventionspreise erhöhen oder ermäßigen sich bei besserer oder geringerer Beschaffenheit des angebotenen Getreides entsprechend der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes gegenüber der durchschnittlichen Beschaffenheit.

(4) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen

1. die Merkmale der durchschnittlichen, besseren und geringeren Beschaffenheit des Getreides einschließlich Braugerste,
2. die Art und den Zeitpunkt der Feststellung dieser Merkmale,
3. die Höhe der Zu- und Abschläge für Getreide (einschließlich Braugerste), dessen Beschaffenheit besser oder geringer ist als die durchschnittliche Beschaffenheit.

### § 4

(1) Die Einfuhr- oder Ausfuhrlicenz nach Artikel 16 Abs. 1 der Verordnung Nr. 19 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Getreide vom 4. April 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1962 S. 933) ist die Einfuhr- oder Ausfuhrgenehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 481).

(2) Auf die Einfuhr- und Ausfuhrlicenz finden die Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes und die dazu ergangenen Rechtsvorschriften Anwendung, soweit sich nicht aus der Verordnung Nr. 19 und den dazu ergangenen Durchführungsvorschriften etwas anderes ergibt oder dieses Gesetz und die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen nicht etwas anderes bestimmen.

### § 5

Der Bundesminister bestimmt im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Schwellenpreise für die einzelnen Monate des Getreidewirtschaftsjahres für die in Artikel 1 Buch-

staben a bis c der Verordnung Nr. 19 genannten Erzeugnisse; dabei können für Saatgetreide im Sinne des Saatgutgesetzes vom 27. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 450) und für Braugerste besondere Zu- und Abschläge festgesetzt werden.

#### § 6

(1) Die Abschöpfungssätze für die einzelnen Erzeugnisse werden von der Einfuhr- und Vorratsstelle errechnet. Sie werden nach Maßgabe der Durchführungsbestimmungen der Kommission gemäß Artikel 15 Abs. 2 der Verordnung Nr. 19 geändert.

(2) Die Einfuhr- und Vorratsstelle gibt die Abschöpfungssätze durch Aushang in ihrem Dienstgebäude bekannt.

(3) In den Fällen des Artikels 17 Abs. 2 der Verordnung Nr. 19 setzt die Einfuhr- und Vorratsstelle auf Antrag in der Einfuhrlizenz den Abschöpfungssatz und die Prämie fest.

#### § 7

(1) Die Verpflichtung des Antragstellers, die Einfuhr während der Gültigkeitsdauer der Einfuhrlizenz durchzuführen, ist vor Erteilung der Einfuhrlizenz sicherzustellen durch Hinterlegung einer Geldsumme oder Leistung einer Bankbürgschaft in Höhe von 10 vom Hundert des Preises frei Grenze oder cif- oder Angebotspreises der Erzeugnisse, der für den Tag gilt, an dem der Antrag auf Erteilung der Einfuhrlizenz bei der Einfuhr- und Vorratsstelle eingegangen ist. Die Sicherheit ist zugunsten der Bundesrepublik Deutschland zu leisten; sie wird von der Einfuhr- und Vorratsstelle verwaltet.

(2) Die Einfuhr- und Vorratsstelle erklärt die Sicherheit insoweit zugunsten der Bundesrepublik Deutschland für verfallen, als die Erzeugnisse nicht innerhalb der Gültigkeitsdauer der Einfuhrlizenz eingeführt werden.

#### § 8

Die Bundesregierung erläßt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Bestimmungen über die Voraussetzungen, die Höhe und das Verfahren bei Erstattungen nach Artikel 19 Abs. 2 und Artikel 20 Abs. 2 der Verordnung Nr. 19; dabei kann die Einfuhr- und Vorratsstelle als die für die Durchführung zuständige Stelle bestimmt werden.

#### § 9

(1) Die auf Grund des Außenwirtschaftsgesetzes zulässigen Schutzmaßnahmen können auch zur Wahrung der durch Artikel 22 Abs. 1 der Verordnung Nr. 19 geschützten Belange getroffen werden; soweit nach dem Außenwirtschaftsgesetz hierfür Rechtsverordnungen erforderlich sind, werden sie vom Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft ohne Zustimmung des Bundesrates erlassen.

(2) Im übrigen kann der Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates im Rahmen des Artikels 22 Abs. 1 der Verordnung Nr. 19 die erforderlichen Schutzmaßnahmen

treffen, insbesondere Bestimmungen über eine Erhöhung des Abschöpfungssatzes, Mindestpreise, Vermahlungsregelung und Beimischungspflichten, Verwendungsbeschränkungen sowie eine Verpflichtung des Einführers, die einzuführenden Erzeugnisse der Einfuhr- und Vorratsstelle zur Übernahme in die Vorratshaltung zu überlassen. Dabei kann die Einfuhr- und Vorratsstelle als die für die Durchführung zuständige Stelle bestimmt werden.

(3) Für die Mitwirkung des Bundestages und des Bundesrates bei den Rechtsverordnungen nach Absatz 2 gilt § 27 Abs. 2 des Außenwirtschaftsgesetzes entsprechend.

#### § 10

(1) Gegen die Festsetzung von Abschöpfungssätzen und Prämien in Einfuhrlizenzen ist das Berufungsverfahren nach der Reichsabgabenordnung gegeben. In diesem Verfahren tritt an die Stelle des Finanzamtes die Einfuhr- und Vorratsstelle.

(2) Ist der in einem Abschöpfungsbescheid der Zollstelle zugrunde gelegte Abschöpfungssatz in einem Berufungsverfahren nach Absatz 1 geändert worden, so wird der Abschöpfungsbescheid von Amts wegen von der Zollstelle durch einen neuen Bescheid ersetzt. Durch das Berufungsverfahren wird die Verjährung der Abschöpfungsschuld unterbrochen.

(3) Liegen der Festsetzung von Abschöpfungsbeträgen Entscheidungen zugrunde, die in der Einfuhrlizenz getroffen sind, so kann die Festsetzung des Abschöpfungsbetrages in dem Abschöpfungsbescheid der Zollstelle nicht mit der Begründung angefochten werden, daß die in der Einfuhrlizenz getroffene Entscheidung unzutreffend sei. Dieser Einwand kann nur in dem Verfahren gegen die Festsetzung des Abschöpfungssatzes und der Prämie in der Einfuhrlizenz erhoben werden.

#### § 11

Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit den Bundesministern der Finanzen und für Wirtschaft für Einfuhren aus Frankreich in das Saarland im Rahmen der Kontingente, die nach Artikel 63 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage vom 27. Oktober 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 1587) vereinbart worden sind, durch allgemeine Verwaltungsvorschriften Abgabenvergünstigungen gewähren, die im wesentlichen den Abgabenvergünstigungen gleichwertig sind, die auf Grund des Artikels 63 des Saarvertrages in Anspruch genommen werden könnten. Durch diese Verwaltungsvorschriften kann bestimmt werden, daß der Antragsteller von der Hinterlegung einer Geldsumme oder der Leistung einer Bankbürgschaft (§ 7) befreit wird.

#### § 12

(1) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates die Bestimmungen erlassen, die zur Durchführung solcher Verordnungen und Entscheidungen und Richtlinien des Rates oder der Kommission erforderlich sind, die der Rat oder die Kommis-

sion im Rahmen der Marktorganisation für Getreide nach den Bestimmungen des Zweiten Teils Titel II des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erläßt; dabei kann die Einfuhr- und Vorratsstelle als die für die Durchführung zuständige Stelle bestimmt werden.

(2) Die Bundesregierung kann ihre Befugnis nach Absatz 1 auf einzelne Bundesminister übertragen.

### § 13

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer Vorschrift einer nach § 9 oder nach § 12 ergangenen Rechtsverordnung oder einer auf Grund einer solchen Verordnung erlassenen vollziehbaren Verfügung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Der Versuch einer vorsätzlichen Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 kann geahndet werden, wenn die Rechtsverordnung dies bestimmt.

(3) Ordnungswidrig handelt ferner, wer vorsätzlich

1. unrichtige oder unvollständige Angaben tatsächlicher Art macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Genehmigung oder eine Bescheinigung zu erschleichen, die nach einer zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 oder dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschrift erforderlich ist,
2. die Nachprüfung (§ 44 des Außenwirtschaftsgesetzes) von Umständen, die nach der Verordnung Nr. 19, nach diesem Gesetz oder nach einer zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 oder dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschrift erheblich sind, dadurch verhindert oder erschwert, daß er Bücher und Aufzeichnungen, deren Führung oder Aufbewahrung ihm nach handels- oder steuerrechtlichen Vorschriften obliegt, nicht oder nicht ordentlich führt, nicht aufbewahrt oder verheimlicht.

(4) Eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 kann, wenn sie

1. vorsätzlich begangen ist, mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark,
2. fahrlässig begangen ist, mit einer Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Deutsche Mark

geahndet werden. Eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 3 Nr. 1 kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark, eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 3 Nr. 2 mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

### § 14

(1) Die Bußgeldvorschriften des § 13 gelten auch für denjenigen, der als vertretungsberechtigtes Organ einer juristischen Person, als Mitglied eines solchen Organs oder als gesetzlicher Vertreter eines anderen handelt. Dies gilt auch dann, wenn die Rechtshandlung, welche die Vertretungsbefugnis begründen sollte, unwirksam ist.

(2) Den in Absatz 1 bezeichneten Personen steht gleich, wer mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Unternehmens oder eines Teils des Unternehmens eines anderen beauftragt oder von diesem ausdrücklich damit betraut ist, in eigener Verantwortung Pflichten zu erfüllen, welche die nach § 9 oder nach § 12 ergangenen Rechtsverordnungen oder eine auf Grund dieser Verordnungen erlassene vollziehbare Verfügung auferlegen.

### § 15

(1) Begeht jemand in einem Unternehmen eine Zuwiderhandlung nach § 13, so kann gegen den Inhaber oder Leiter des Unternehmens oder den gesetzlichen Vertreter des Inhabers oder ein Mitglied des zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organs einer juristischen Person oder einen vertretungsberechtigten Gesellschafter einer Personenhandelsgesellschaft eine Geldbuße festgesetzt werden, wenn sie vorsätzlich oder fahrlässig ihre Aufsichtspflicht verletzt haben und die Zuwiderhandlung hierauf beruht.

(2) Die Geldbuße beträgt im Falle eines Verstoßes gegen § 13 Abs. 1 oder Abs. 3 Nr. 1

1. bei vorsätzlicher Aufsichtspflichtverletzung bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark,
2. bei fahrlässiger Aufsichtspflichtverletzung bis zu fünfundzwanzigtausend Deutsche Mark.

Im Falle eines Verstoßes gegen § 13 Abs. 3 Nr. 2 beträgt die Geldbuße

1. bei vorsätzlicher Aufsichtspflichtverletzung bis zu zehntausend Deutsche Mark,
2. bei fahrlässiger Aufsichtspflichtverletzung bis zu fünftausend Deutsche Mark.

### § 16

(1) Begeht jemand als Mitglied des zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organs oder als Prokurist einer juristischen Person oder als vertretungsberechtigter Gesellschafter oder als Prokurist einer Personenhandelsgesellschaft eine Zuwiderhandlung nach den §§ 13 oder 15, so kann auch gegen die juristische Person oder die Personenhandelsgesellschaft eine Geldbuße nach Maßgabe dieser Vorschriften festgesetzt werden.

(2) § 6 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gilt auch für das Entgelt und den Gewinn, den die juristische Person oder die Personenhandelsgesellschaft für die Ordnungswidrigkeit empfangen oder aus ihr gezogen hat.

### § 17

Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Sinne dieses Gesetzes verjährt in zwei Jahren.

### § 18

Gegenstände, auf die sich eine der in § 13 Abs. 1 mit Geldbuße bedrohten Handlungen bezieht, können eingezogen werden. Im übrigen gelten die Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes über Voraussetzung der Einziehung, das selbständige Einziehungsverfahren und die Entschädigung entsprechend.

## § 19

Die §§ 42 und 43 Abs. 3 bis 6 des Außenwirtschaftsgesetzes gelten entsprechend.

## § 20

Die Verwaltungsbehörde und die Einfuhr- und Vorratsstelle können die ihnen durch § 44 des Außenwirtschaftsgesetzes eingeräumten Befugnisse auch ausüben, um die Einhaltung der Verordnung Nr. 19, dieses Gesetzes und der zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 und dieses Gesetzes ergangenen Rechtsvorschriften zu überwachen.

## § 21

Das Außenwirtschaftsgesetz wird wie folgt geändert:

## 1. § 28 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden die folgenden Nummern 3 und 4 angefügt:

„3. die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel im Bereich des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit den in Artikel 1 der Verordnung Nr. 19 (Getreide) des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 4. April 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1962 S. 933) bezeichneten Erzeugnissen nach den §§ 5, 6, 8 bis 16,

4. die Einfuhr- und Vorratsstelle für Schlachtvieh, Fleisch und Fleischerzeugnisse im Bereich des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit den in Artikel 1 der Verordnung Nr. 20 (Schweinefleisch) des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 4. April 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1962 S. 945) bezeichneten Erzeugnissen nach den §§ 5, 6, 8 bis 16.“

b) In Absatz 3 Satz 1 werden hinter dem Wort „Rechtsverordnung“ die Worte „abweichend von Absatz 1“ eingefügt.

## 2. § 44 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Verwaltungsbehörde, die Deutsche Bundesbank, das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, die Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft, die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel und die Einfuhr- und Vorratsstelle für Schlachtvieh, Fleisch und Fleischerzeugnisse können Auskünfte verlangen, soweit dies erforderlich ist, um die Einhaltung dieses Gesetzes und der zu diesem Gesetz erlassenen Rechtsverordnungen zu überwachen.“

b) Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Die Verwaltungsbehörde und die Deutsche Bundesbank können zu dem genannten Zweck auch Prüfungen bei den Auskunftspflichtigen vornehmen; das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, die Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft, die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel und die Einfuhr- und Vorratsstelle für Schlachtvieh, Fleisch und Fleischerzeugnisse können zu den Prüfungen Beauftragte entsenden.“

## § 22

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

## § 23

Dieses Gesetz tritt am 30. Juli 1962 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. Juli 1962

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Schwarz

**Anlage 1**

(zu § 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a)

**Grundrichtpreise für den Handelsplatz Duisburg  
(frei Entladestelle Duisburg Hafen  
— Wasserlöschstelle —)**

	Weichweizen	Roggen	Gerste
	in DM je t		

**1962**

Juli	475,50	432,50	412,00
August	475,50	432,50	412,00
September	480,00	437,00	412,00
Oktober	484,50	441,50	416,00
November	489,00	446,00	420,00
Dezember	493,50	450,50	424,00

**1963**

Januar	498,00	455,00	428,00
Februar	502,50	459,50	432,00
März	507,00	464,00	436,00
April	511,50	468,50	436,00
Mai	516,00	473,00	436,00
Juni	520,50	477,50	436,00

## Anlage 2

(§ 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b)

## Abgeleitete Richtpreise frei Entladestelle folgender Handelsplätze

	Weichweizen	Roggen	Gerste		Weichweizen	Roggen	Gerste
	in DM je t				in DM je t		
<b>Land Bayern</b>				Bad Krozingen	457,10	414,10	393,60
Aschaffenburg	471,50	428,50	408,00	Donaueschingen	456,00	413,00	392,50
Augsburg	450,60	407,60	387,10	Eckartshausen	457,40	414,40	393,90
Bamberg	469,50	426,50	406,00	Gerabronn	457,40	414,40	393,90
Bayreuth	455,80	412,80	392,30	Heilbronn	471,00	428,00	407,50
Buchloe	449,50	406,50	386,00	Karlsruhe	472,00	429,00	408,50
Coburg	458,40	415,40	394,90	Kehl	471,50	428,50	408,00
Eichstätt	452,80	409,80	389,30	Kupferzell	459,50	416,50	396,00
Erding	446,10	403,10	382,60	Mannheim	472,50	429,50	409,00
Forsting	445,20	402,20	381,70	Markelsheim	459,50	416,50	396,00
Frontenhausen	445,40	402,40	381,90	Möckmühl	460,30	417,30	396,80
Geiselhöring	450,20	407,20	386,70	Schrozberg	458,20	415,20	394,70
Gersthofen	451,10	408,10	387,60	Sigmaringen	451,70	408,70	388,20
Grafenwöhr	453,20	410,20	389,70	Stockach	451,60	408,60	388,10
Hettenshausen	449,60	406,60	386,10	Stuttgart	469,50	426,50	406,00
Hof	453,80	410,80	390,30	Weickersheim	459,30	416,30	395,80
Ingolstadt	451,70	408,70	388,20	Wertheim	469,40	426,40	405,90
Kempten/Allgäu	450,40	407,40	386,90	<b>Land Hessen</b>			
Kitzingen	470,80	427,80	407,30	Darmstadt	461,90	418,90	398,40
Landau/Isar	447,40	404,40	383,90	Frankfurt/Main	472,00	429,00	408,50
Landshut	448,70	405,70	385,20	Friedberg/ Hessen	462,00	419,00	398,50
Massing	446,10	403,10	382,60	Fritzlar	460,80	417,80	397,30
Memmingen	452,30	409,30	388,80	Gießen	461,30	418,30	397,80
Moosburg	448,30	405,30	384,80	Hanau/Main	471,80	428,80	408,30
München	447,40	404,40	383,90	Hünfeld	457,10	414,10	393,60
Neunburg vorm Wald	450,00	407,00	386,50	Karlshafen	460,40	417,40	396,90
Neu-Ulm	455,10	412,10	391,60	Kassel	463,80	420,80	400,30
Neuwildflecken	457,40	414,40	393,90	Limburg/Lahn	462,10	419,10	398,60
Nittenau	449,00	406,00	385,50	Löhnberg	461,20	418,20	397,70
Nördlingen	454,10	411,10	390,60	Mansbach	455,20	412,20	391,70
Ochsenfurt	470,50	427,50	407,00	Marburg/Lahn	459,90	416,90	396,40
Passau	445,90	402,90	382,40	Niederkaufungen	459,00	416,00	395,50
Pfeffenhausen	447,80	404,80	384,30	Rendel	462,20	419,20	398,70
Plattling	448,20	405,20	384,70	Witzenhausen	457,60	414,60	394,10
Regensburg	451,60	408,60	388,10	<b>Land Rheinland-Pfalz</b>			
Schallding	446,40	403,40	382,90	Andernach	472,60	429,60	409,10
Schrobenhausen	450,60	407,60	387,10	Bingen	472,30	429,30	408,80
Schwabach	456,50	413,50	393,00	Irmenach	459,10	416,10	395,60
Schwandorf	451,60	408,60	388,10	Kirn/Nahe	461,00	418,00	397,50
Schweinfurt	470,00	427,00	406,50	Ludwigshafen	472,50	429,50	409,00
Simbach/Inn	444,50	401,50	381,00	Mainz	472,30	429,30	408,80
Straubing	449,60	406,60	386,10	Miesenheim	465,10	422,10	401,60
Sünching	450,10	407,10	386,60	Niederlahnstein	472,60	429,60	409,10
Trostberg	445,10	402,10	381,60	Oberlahnstein	472,60	429,60	409,10
Uffenheim	460,30	417,30	396,80	Ruwer	459,90	416,90	396,40
Vilseck	453,20	410,20	389,70	Worms	472,50	429,50	409,00
Wallersdorf	451,40	408,40	387,90	<b>Saarland</b>			
Wieselrieth	449,80	406,80	386,30	Saarbrücken	456,40	413,40	392,90
Würzburg	470,80	427,80	407,30				
<b>Land Baden-Württemberg</b>							
Aalen	455,50	412,50	392,00				
Aulendorf	451,70	408,70	388,20				



	Weichweizen	Roggen	Gerste		Weichweizen	Roggen	Gerste
	in DM je t				in DM je t		
<b>Land Nordrhein-Westfalen</b>				Leese-Stolzenau	468,00	425,00	404,50
Beverungen	463,80	420,80	400,30	Lingen/Ems	468,70	425,70	405,20
Blomberg	461,80	418,80	398,30	Munsterlager	455,60	412,60	392,10
Borchen	464,30	421,30	400,80	Nienburg/Weser	467,50	424,50	404,00
Brakel	462,40	419,40	398,90	Nordenham	468,40	425,40	404,90
Broichweiden	467,50	424,50	404,00	Nörten-			
Büren	464,80	421,80	401,30	Hardenberg	458,60	415,60	395,10
Dorsten	471,90	428,90	408,40	Northeim	459,00	416,00	395,50
Dortmund	471,70	428,70	408,20	Oerbke b.			
Düsseldorf	473,20	430,20	409,70	Fallingbostel	456,40	413,40	392,90
Essen	472,70	429,70	409,20	Oldenburg i. O.	462,50	419,50	399,00
Gelsenkirchen	472,20	429,20	408,70	Osnabrück	469,70	426,70	406,20
Hamm	470,40	427,40	406,90	Pollhagen	468,40	425,40	404,90
Herford	464,00	421,00	400,50	Rethen/Leine	459,00	416,00	395,50
Homberg	473,80	430,80	410,30	Rinteln/Weser	466,20	423,20	402,70
Kleve	471,60	428,60	408,10	Semmenstedt	457,30	414,30	393,80
Köln	472,70	429,70	409,20	Soltau	456,40	413,40	392,90
Krefeld-				Vienenburg	457,70	414,70	394,20
Uerdingen	473,30	430,30	409,80	Weetzen	459,50	416,50	396,00
Künsebeck	464,60	421,60	401,10	Westerweyhe	455,60	412,60	392,10
Lage/Lippe	463,70	420,70	400,20	Winzenburg	458,60	415,60	395,10
Lemgo	463,20	420,20	399,70				
Lippstadt	466,20	423,20	402,70	<b>Land Schleswig-Holstein</b>			
Lübbecke	469,20	426,20	405,70	Bad Oldesloe	456,90	413,90	393,40
Maximilian	466,80	423,80	403,30	Büsum	464,60	421,60	401,10
Minden/Westf.	469,10	426,10	405,60	Burg/			
Münster/Westf.	471,30	428,30	407,80	Dithmarschen	464,50	421,50	401,00
Neuß	473,20	430,20	409,70	Burgstaaken	463,60	420,60	400,10
Nörvenich	467,60	424,60	404,10	Eckernförde	464,60	421,60	401,10
Paderborn	464,60	421,60	401,10	Elmshorn	465,60	422,60	402,10
Rheine	469,70	426,70	406,20	Fahrenkrug b.			
Rünthe	469,30	426,30	405,80	Bad Segeberg	456,30	413,30	392,80
Schieder	462,10	419,10	398,60	Flensburg	464,40	421,40	400,90
Siegen	464,30	421,30	400,80	Heiligenhafen	463,90	420,90	400,40
Soest	467,30	424,30	403,80	Hochdorn	464,60	421,60	401,10
Wanne-Eickel	471,90	428,90	408,40	Hohenhörn	464,40	421,40	400,90
Wesel	472,80	429,80	409,30	Hohenlockstedt	459,00	416,00	395,50
				Husum	464,50	421,50	401,00
<b>Land Niedersachsen</b>				Itzehoe	465,70	422,70	402,20
Algermissen	468,80	425,80	405,30	Kappeln/Schlei	464,60	421,60	401,10
Bad Essen	469,70	426,70	406,20	Kellinghusen	465,00	422,00	401,50
Bad Gandersheim	459,00	416,00	395,50	Kiel	465,20	422,20	401,70
Berenbusch	469,00	426,00	405,50	Leck	458,30	415,30	394,80
Bevensen	454,40	411,40	390,90	Lübeck	464,50	421,50	401,00
Brake/				Lütjenburg	455,70	412,70	392,20
Unterweser	468,30	425,30	404,80	Marne	458,80	415,80	395,30
Bramsche	470,40	427,40	406,90	Mölln	464,50	421,50	401,00
Braunschweig	468,00	425,00	404,50	Neumünster	456,10	413,10	392,60
Drentwede	461,30	418,30	397,80	Neustadt/Holst.	464,50	421,50	401,00
Emden	468,70	425,70	405,20	Niebull	459,60	416,60	396,10
Fallersleben	467,70	424,70	404,20	Rendsburg	464,50	421,50	401,00
Flettmar	457,40	414,40	393,90	St. Margarethen	464,60	421,60	401,10
Göttingen	459,00	416,00	395,50	Süderbrarup	457,90	414,90	394,40
Hameln	465,80	422,80	402,30	Wankendorf	455,70	412,70	392,20
Hannover	468,00	425,00	404,50				
Harsum	460,30	417,30	396,80	<b>Land Hamburg</b>			
Hildesheim	468,40	425,40	404,90				
Hoheweg	459,20	416,20	395,70	<b>Land Berlin</b>			
Holzminden	465,30	422,30	401,80				
Klein-Berkel	461,30	418,30	397,80	<b>Land Bremen</b>			
Klein-Rhüden	458,40	415,40	394,90				

Die vorgenannten Preise gelten für Juli 1962; sie erhöhen sich um die aus der Anlage 1 ersichtlichen Monatszuschläge.

Die vorgenannten Preise gelten für Juli 1962; sie erhöhen sich um die aus der Anlage 1 ersichtlichen Monatszuschläge.

**Anlage 3**

(zu § 1 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a)

**Grundinterventionspreise für den Handelsplatz  
Duisburg**  
(frei Entladestelle an dem von der Interventions-  
stelle bezeichneten Lager in Duisburg)

	Weichweizen	Roggen	Gerste
	in DM je t		

**1962**

Juli	442,50	402,50	383,50
August	442,50	402,50	383,50
September	447,00	407,00	383,50
Oktober	451,50	411,50	387,50
November	456,00	416,00	391,50
Dezember	460,50	420,50	395,50

**1963**

Januar	465,00	425,00	399,50
Februar	469,50	429,50	403,50
März	474,00	434,00	407,50
April	478,50	438,50	407,50
Mai	483,00	443,00	407,50
Juni	487,50	447,50	407,50

## Anlage 4

(zu § 1 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b)

**Abgeleitete Interventionspreise frei Entladestelle an den von der  
Interventionsstelle bezeichneten Lägern folgender Handelsplätze**

	Weichweizen	Roggen	Gerste		Weichweizen	Roggen	Gerste
	in DM je t				in DM je t		
<b>Land Bayern</b>				Bad Krozingen	433,50	393,50	374,50
Aschaffenburg	438,50	398,50	379,50	Donaueschingen	432,50	392,50	373,50
Augsburg	430,50	390,50	371,50	Eckartshausen	433,50	393,50	374,50
Bamberg	436,50	396,50	377,50	Gerabronn	433,50	393,50	374,50
Bayreuth	432,50	392,50	373,50	Heilbronn	438,50	398,50	379,50
Buchloe	429,50	389,50	370,50	Karlsruhe	439,50	399,50	380,50
Coburg	433,50	393,50	374,50	Kehl	438,50	398,50	379,50
Eichstätt	431,50	391,50	372,50	Kupferzell	434,50	394,50	375,50
Erding	427,50	387,50	368,50	Mannheim	439,50	399,50	380,50
Forsting	427,50	387,50	368,50	Markelsheim	434,50	394,50	375,50
Frontenhausen	427,50	387,50	368,50	Möckmühl	434,50	394,50	375,50
Geiselhöring	429,50	389,50	370,50	Schrozberg	433,50	393,50	374,50
Gersthofen	430,50	390,50	371,50	Sigmaringen	430,50	390,50	371,50
Grafenwöhr	431,50	391,50	372,50	Stockach	430,50	390,50	371,50
Hettenshausen	429,50	389,50	370,50	Stuttgart	436,50	396,50	377,50
Hof	431,50	391,50	372,50	Weickersheim	434,50	394,50	375,50
Ingolstadt	430,50	390,50	371,50	Wertheim	437,50	397,50	378,50
Kempten/Allgäu	429,50	389,50	370,50	<b>Land Hessen</b>			
Kitzingen	437,50	397,50	378,50	Darmstadt	435,50	395,50	376,50
Landau/Isar	428,50	388,50	369,50	Frankfurt/Main	439,50	399,50	380,50
Landshut	429,50	389,50	370,50	Friedberg/ Hessen	435,50	395,50	376,50
Massing	427,50	387,50	368,50	Fritzlar	435,50	395,50	376,50
Memmingen	430,50	390,50	371,50	Gießen	434,50	394,50	375,50
Moosburg	428,50	388,50	369,50	Hanau/Main	438,50	398,50	379,50
München	428,50	388,50	369,50	Hünfeld	433,50	393,50	374,50
Neunburg vorm Wald	429,50	389,50	370,50	Karlshafen	434,50	394,50	375,50
Neu-Ulm	432,50	392,50	373,50	Kassel	434,50	394,50	375,50
Neuwildflecken	433,50	393,50	374,50	Limburg/Lahn	435,50	395,50	376,50
Nittenau	429,50	389,50	370,50	Löhnberg	435,50	395,50	376,50
Nördlingen	431,50	391,50	372,50	Mansbach	432,50	392,50	373,50
Ochsenfurt	437,50	397,50	378,50	Marburg/Lahn	434,50	394,50	375,50
Passau	427,50	387,50	368,50	Niederkaufungen	434,50	394,50	375,50
Pfeffenhausen	428,50	388,50	369,50	Rendel	435,50	395,50	376,50
Plattling	428,50	388,50	369,50	Witzenhausen	433,50	393,50	374,50
Regensburg	430,50	390,50	371,50	<b>Land Rheinland-Pfalz</b>			
Schalding	427,50	387,50	368,50	Andernach	439,50	399,50	380,50
Schrobenhausen	430,50	390,50	371,50	Bingen	439,50	399,50	380,50
Schwabach	433,50	393,50	374,50	Irmenach	434,50	394,50	375,50
Schwandorf	430,50	390,50	371,50	Kirn/Nahe	435,50	395,50	376,50
Schweinfurt	437,50	397,50	378,50	Ludwigshafen	439,50	399,50	380,50
Simbach/Inn	426,50	386,50	367,50	Mainz	439,50	399,50	380,50
Straubing	429,50	389,50	370,50	Miesenheim	437,50	397,50	378,50
Sünching	429,50	389,50	370,50	Niederlahnstein	439,50	399,50	380,50
Trostberg	427,50	387,50	368,50	Oberlahnstein	439,50	399,50	380,50
Uffenheim	434,50	394,50	375,50	Ruwer	434,50	394,50	375,50
Vilseck	431,50	391,50	372,50	Worms	439,50	399,50	380,50
Wallersdorf	428,50	388,50	369,50	<b>Saarland</b>			
Wieserieth	429,50	389,50	370,50	Saarbrücken	432,50	392,50	373,50
Würzburg	437,50	397,50	378,50				
<b>Land Baden-Württemberg</b>							
Aalen	432,50	392,50	373,50				
Aulendorf	430,50	390,50	371,50				

	Weichweizen	Roggen	Gerste
	in DM je t		
<b>Land Nordrhein-Westfalen</b>			
Beverungen	435,50	395,50	376,50
Blomberg	435,50	395,50	376,50
Borchen	436,50	396,50	377,50
Brakel	435,50	395,50	376,50
Broichweiden	438,50	398,50	379,50
Büren	437,50	397,50	378,50
Dorsten	440,50	400,50	381,50
Dortmund	439,50	399,50	380,50
Düsseldorf	440,50	400,50	381,50
Essen	440,50	400,50	381,50
Gelsenkirchen	440,50	400,50	381,50
Hamm	439,50	399,50	380,50
Herford	436,50	396,50	377,50
Homberg	440,50	400,50	381,50
Kleve	439,50	399,50	380,50
Köln	439,50	399,50	380,50
Krefeld-			
Uerdingen	440,50	400,50	381,50
Künsebeck	437,50	397,50	378,50
Lage/Lippe	436,50	396,50	377,50
Lemgo	436,50	396,50	377,50
Lippstadt	437,50	397,50	378,50
Lübbecke	436,50	396,50	377,50
Maximilian	438,50	398,50	379,50
Minden/Westf.	436,50	396,50	377,50
Münster/Westf.	438,50	398,50	379,50
Neuß	440,50	400,50	381,50
Nörvenich	438,50	398,50	379,50
Paderborn	437,50	397,50	378,50
Rheine	437,50	397,50	378,50
Rünthe	439,50	399,50	380,50
Schieder	435,50	395,50	376,50
Siegen	436,50	396,50	377,50
Soest	438,50	398,50	379,50
Wanne-Eickel	440,50	400,50	381,50
Wesel	440,50	400,50	381,50
<b>Land Niedersachsen</b>			
Algermissen	435,50	395,50	376,50
Bad Essen	436,50	396,50	377,50
Bad Ganders-			
heim	434,50	394,50	375,50
Berenbusch	436,50	396,50	377,50
Bevensen	432,50	392,50	373,50
Brake/			
Unterweser	435,50	395,50	376,50
Bramsche	437,50	397,50	378,50
Braunschweig	435,50	395,50	376,50
Drentwede	435,50	395,50	376,50
Emden	435,50	395,50	376,50
Fallersleben	434,50	394,50	375,50
Flettmar	433,50	393,50	374,50
Göttingen	434,50	394,50	375,50
Hameln	435,50	395,50	376,50
Hannover	435,50	395,50	376,50
Harsum	434,50	394,50	375,50
Hildesheim	435,50	395,50	376,50
Hoheweg	434,50	394,50	375,50
Holzminden	435,50	395,50	376,50
Klein-Berkel	435,50	395,50	376,50
Khein-Rhüden	433,50	393,50	374,50

	Weichweizen	Roggen	Gerste
	in DM je t		
Leese-Stolzenau	435,50	395,50	376,50
Lingen/Ems	437,50	397,50	378,50
Munsterlager	432,50	392,50	373,50
Nienburg/Weser	434,50	394,50	375,50
Nordenham	435,50	395,50	376,50
Nörten-			
Hardenberg	434,50	394,50	375,50
Northeim	434,50	394,50	375,50
Oerbke b.			
Fallingbostel	432,50	392,50	373,50
Oldenburg i. O.	434,50	394,50	375,50
Osnabrück	437,50	397,50	378,50
Pollhagen	435,50	395,50	376,50
Rethen/Leine	434,50	394,50	375,50
Rinteln/Weser	435,50	395,50	376,50
Semmenstedt	433,50	393,50	374,50
Soltau	432,50	392,50	373,50
Vienenburg	433,50	393,50	374,50
Weetzen	434,50	394,50	375,50
Westerweyhe	432,50	392,50	373,50
Winzenburg	434,50	394,50	375,50
<b>Land Schleswig-Holstein</b>			
Bad Oldesloe	431,50	391,50	372,50
Büsum	431,50	391,50	372,50
Burg/			
Dithmarschen	431,50	391,50	372,50
Burgstaaken	430,50	390,50	371,50
Eckernförde	431,50	391,50	372,50
Elmshorn	432,50	392,50	373,50
Fahrenkrug b.			
Bad Segeberg	431,50	391,50	372,50
Flensburg	431,50	391,50	372,50
Heiligenhafen	431,50	391,50	372,50
Hochdonn	431,50	391,50	372,50
Hohenhörn	431,50	391,50	372,50
Hohenlockstedt	432,50	392,50	373,50
Husum	431,50	391,50	372,50
Itzehoe	432,50	392,50	373,50
Kappeln/Schlei	431,50	391,50	372,50
Kellinghusen	432,50	392,50	373,50
Kiel	432,50	392,50	373,50
Leck	431,50	391,50	372,50
Lübeck	431,50	391,50	372,50
Lütjenburg	431,50	391,50	372,50
Marne	431,50	391,50	372,50
Mölln	431,50	391,50	372,50
Neumünster	431,50	391,50	372,50
Neustadt/Holst.	431,50	391,50	372,50
Niebüll	431,50	391,50	372,50
Rendsburg	431,50	391,50	372,50
St. Margarethen	431,50	391,50	372,50
Süderbrarup	431,50	391,50	372,50
Wankendorf	431,50	391,50	372,50
<b>Land Hamburg</b>	433,50	393,50	374,50
<b>Land Berlin</b>	427,50	387,50	368,50
<b>Land Bremen</b>	435,50	395,50	376,50

Die vorgenannten Preise gelten für Juli 1962; sie erhöhen sich um die in der Anlage 3 festgesetzten Monatszuschläge.

**Gesetz  
zur Durchführung der Verordnungen Nr. 20 (Schweinefleisch),  
Nr. 21 (Eier) und Nr. 22 (Geflügelfleisch)  
des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft  
sowie zur Änderung des Gesetzes zur Förderung  
der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft**

Vom 26. Juli 1962

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundestages durch Rechtsverordnung, falls die Bundesrepublik Deutschland durch die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Kommission) dazu ermächtigt wird,

nach Artikel 6 Abs. 1 der Verordnung Nr. 20 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Schweinefleisch vom 4. April 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1962 S. 945) (Schweinefleisch-Verordnung),

nach Artikel 5 Abs. 1 der Verordnung Nr. 21 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Eier vom 4. April 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1962 S. 953) (Eier-Verordnung) und

nach Artikel 5 Abs. 1 der Verordnung Nr. 22 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Geflügelfleisch vom 4. April 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1962 S. 959) (Geflügelfleisch-Verordnung)

die Abschöpfungssätze verringern.

(2) Dem Bundesrat ist Gelegenheit zu geben, binnen zwei Wochen zu Entwürfen von Rechtsverordnungen nach Absatz 1 Stellung zu nehmen.

(3) Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates im Falle des

Artikels 10 Abs. 1 Buchstabe b der Schweinefleisch-Verordnung,

Artikels 7 Abs. 1 Buchstabe b der Eier-Verordnung und

Artikels 7 Abs. 1 Buchstabe b der Geflügelfleisch-Verordnung

die Höhe der Abschöpfungssätze bestimmen.

§ 2

Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates

1. falls die Bundesrepublik Deutschland durch die Kommission dazu ermächtigt wird,

nach Artikel 6 Abs. 2 der Schweinefleisch-Verordnung,

nach Artikel 5 Abs. 2 der Eier-Verordnung und

nach Artikel 5 Abs. 2 der Geflügelfleisch-Verordnung

zum Ausgleich von Verringerungen der Abschöpfungssätze in anderen Mitgliedstaaten zusätzliche Abschöpfungssätze festsetzen,

2. Vorschriften erlassen, nach denen im Rahmen des Artikels 7 Abs. 3 und Artikels 8 Abs. 3 der Schweinefleisch-Verordnung,

des Artikels 6 Abs. 3 der Eier-Verordnung, des Artikels 6 Abs. 3 der Geflügelfleisch-Verordnung

Abschöpfungssätze erhöht werden,

3. die von den Mitgliedstaaten

nach Artikel 7 Abs. 4 und Artikel 8 Abs. 4 der Schweinefleisch-Verordnung,

nach Artikel 6 Abs. 4 der Eier-Verordnung und

nach Artikel 6 Abs. 4 der Geflügelfleisch-Verordnung

gemeinsam zu treffenden Maßnahmen durchführen.

## § 3

(1) Die auf Grund des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 481) zulässigen Schutzmaßnahmen können auch zur Wahrung der

durch Artikel 15 der Schweinefleisch-Verordnung,

durch Artikel 12 der Eier-Verordnung und

durch Artikel 12 der Geflügelfleisch-Verordnung

geschützten Belange getroffen werden; soweit nach dem Außenwirtschaftsgesetz hierfür Rechtsverordnungen erforderlich sind, werden sie vom Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft ohne Zustimmung des Bundesrates erlassen.

(2) Im übrigen kann der Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates im Rahmen

des Artikels 15 der Schweinefleisch-Verordnung,

des Artikels 12 der Eier-Verordnung und

des Artikels 12 der Geflügelfleisch-Verordnung

die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen, insbesondere Bestimmungen über eine Erhöhung der Abschöpfungssätze, Mindestpreise, Verwendungsbeschränkungen sowie eine Verpflichtung des Einführers, die einzuführenden Erzeugnisse der Einfuhr- und Vorratsstelle für Schlachtvieh, Fleisch und Fleischerzeugnisse (Einfuhr- und Vorratsstelle) zu überlassen.

(3) Für die Mitwirkung des Bundestages und des Bundesrates bei den Rechtsverordnungen nach Absatz 2 gilt § 27 Abs. 2 des Außenwirtschaftsgesetzes entsprechend.

(4) Soweit nicht die Einfuhr- und Vorratsstelle nach Absatz 2 zuständig ist, können in den Rechtsverordnungen nach Absatz 2 für Schweinefleisch die Einfuhr- und Vorratsstelle, für Eier und Geflügelfleisch die Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft (Außenhandelsstelle) als die für die Durchführung der Schutzmaßnahmen zuständigen Stellen bestimmt werden.

## § 4

Interventionsstelle für Maßnahmen nach Artikel 9 Abs. 1 der Schweinefleisch-Verordnung ist die Einfuhr- und Vorratsstelle.

## § 5

Die Bundesregierung erläßt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Bestimmungen über die Voraussetzungen, die Höhe und das Verfahren bei Erstattungen

nach Artikel 10 und 11 der Schweinefleisch-Verordnung,

nach Artikel 7 und 8 der Eier-Verordnung und

nach Artikel 7 und 8 der Geflügelfleisch-Verordnung;

dabei können für Schweinefleisch die Einfuhr- und Vorratsstelle und für Eier und Geflügelfleisch die Außenhandelsstelle als die für die Durchführung zuständigen Stellen bestimmt werden.

## § 6

(1) § 9 des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft vom 27. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1081) erhält folgende Absätze 2 und 3:

„(2) Ausgleichsbeträge nach § 1 werden dem Geflügelhalter nicht gewährt, wenn die Voraussetzungen für die Zahlung des Ausgleichsbetrages nach dem Zeitpunkt eingetreten sind, von dem ab die Abschöpfungsregelungen nach den Verordnungen Nr. 21 und 22 des Ministerrates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Eier und für Geflügelfleisch vom 4. April 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1962 S. 953 und 959) angewandt werden. Für die Zeit nach Anwendung dieser Abschöpfungsregelung werden Vorschriften nach § 2 Abs. 1 über die Höhe des Ausgleichsbetrages nicht mehr erlassen.

(3) Dieses Gesetz tritt am 31. Dezember 1963 außer Kraft.“

(2) Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eierwirtschaft vom 27. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1081) wird aufgehoben.

## § 7

Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit den Bundesministern der Finanzen und für Wirtschaft für Einfuhren aus Frankreich in das Saarland im Rahmen der Kontingente, die nach Artikel 63 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage vom 27. Oktober 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 1587) vereinbart worden sind, durch allgemeine Verwaltungsvorschriften Abgabenvergünstigungen gewähren, die im wesentlichen den Abgabenvergünstigungen gleichwertig sind, die auf Grund des Artikels 63 des Saarvertrages in Anspruch genommen werden könnten.

## § 8

(1) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates die Bestimmungen erlassen, die zur Durchführung solcher Verordnungen, Entscheidungen oder Richtlinien erforderlich sind, die der Rat oder die Kommission im Rahmen der Marktorganisation für Schweinefleisch, für Eier und für Geflügelfleisch nach den Bestimmungen des Zweiten Teils Titel II des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erläßt; dabei können für Schweinefleisch die Einfuhr- und Vorratsstelle, für Eier und Geflügelfleisch die Außenhandelsstelle als die für die Durchführung zuständigen Stellen bestimmt werden.

(2) Die Bundesregierung kann ihre Befugnis nach Absatz 1 auf einzelne Bundesminister übertragen.

## § 9

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer Vorschrift einer nach § 3 oder nach § 8 ergangenen Rechtsverordnung oder einer auf Grund einer solchen Verordnung erlassenen vollziehbaren Verfügung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Der Versuch einer vorsätzlichen Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 kann geahndet werden, wenn die Rechtsverordnung dies bestimmt.

(3) Ordnungswidrig handelt ferner, wer vorsätzlich

1. unrichtige oder unvollständige Angaben tatsächlicher Art macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Genehmigung oder eine Bescheinigung zu erschleichen, die nach einer der zur Durchführung der Schweinefleisch-Verordnung, der Eier-Verordnung, der Geflügelfleisch-Verordnung oder dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschrift erforderlich ist,
2. die Nachprüfung (§ 44 des Außenwirtschaftsgesetzes) von Umständen, die nach der Schweinefleisch-Verordnung, der Eier-Verordnung, der Geflügelfleisch-Verordnung, nach diesem Gesetz oder nach einer zur Durchführung der genannten Verordnungen oder dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschrift erheblich sind, dadurch verhindert oder erschwert, daß er Bücher und Aufzeichnungen, deren Führung oder Aufbewahrung ihm nach handels- oder steuerrechtlichen Vorschriften obliegt, nicht oder nicht ordentlich führt, nicht aufbewahrt oder verheimlicht.

(4) Eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 kann, wenn sie

1. vorsätzlich begangen ist, mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark,
2. fahrlässig begangen ist, mit einer Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Deutsche Mark

geahndet werden. Eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 3 Nr. 1 kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark, eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 3 Nr. 2 mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

## § 10

(1) Die Bußgeldvorschriften des § 9 gelten auch für denjenigen, der als vertretungsberechtigtes Organ einer juristischen Person, als Mitglied eines solchen Organs oder als gesetzlicher Vertreter eines anderen handelt. Dies gilt auch dann, wenn die Rechtshandlung, welche die Vertretungsbefugnis begründen sollte, unwirksam ist.

(2) Den in Absatz 1 bezeichneten Personen steht gleich, wer mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Unternehmens oder eines Teiles des Unternehmens eines anderen beauftragt oder von diesem ausdrück-

lich damit betraut ist, in eigener Verantwortung Pflichten zu erfüllen, welche die nach § 3 oder § 8 ergangenen Rechtsverordnungen oder eine auf Grund dieser Verordnungen erlassene vollziehbare Verfügung auferlegen.

## § 11

(1) Begeht jemand in einem Unternehmen eine Zuwiderhandlung nach § 9, so kann gegen den Inhaber oder Leiter des Unternehmens oder den gesetzlichen Vertreter des Inhabers oder ein Mitglied des zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organs einer juristischen Person oder einen vertretungsberechtigten Gesellschafter einer Personenhandels-gesellschaft eine Geldbuße festgesetzt werden, wenn sie vorsätzlich oder fahrlässig ihre Aufsichtspflicht verletzt haben und die Zuwiderhandlung hierauf beruht.

(2) Die Geldbuße beträgt im Falle eines Verstoßes gegen § 9 Abs. 1 oder Abs. 3 Nr. 1

1. bei vorsätzlicher Aufsichtspflichtverletzung bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark,
2. bei fahrlässiger Aufsichtspflichtverletzung bis zu fünfundzwanzigtausend Deutsche Mark.

Im Falle eines Verstoßes gegen § 9 Abs. 3 Nr. 2 beträgt die Geldbuße

1. bei vorsätzlicher Aufsichtspflichtverletzung bis zu zehntausend Deutsche Mark,
2. bei fahrlässiger Aufsichtspflichtverletzung bis zu fünftausend Deutsche Mark.

## § 12

(1) Begeht jemand als Mitglied des zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organs oder als Prokurist einer juristischen Person oder als vertretungsberechtigter Gesellschafter oder als Prokurist einer Personenhandelsgesellschaft eine Zuwiderhandlung nach den §§ 9 oder 11, so kann auch gegen die juristische Person oder die Personenhandelsgesellschaft eine Geldbuße nach Maßgabe dieser Vorschriften festgesetzt werden.

(2) § 6 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gilt auch für das Entgelt und den Gewinn, den die juristische Person oder die Personenhandelsgesellschaft für die Ordnungswidrigkeit empfangen oder aus ihr gezogen hat.

## § 13

Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Sinne dieses Gesetzes verjährt in zwei Jahren.

## § 14

Gegenstände, auf die sich eine der in § 9 Abs. 1 mit Geldbuße bedrohten Handlungen bezieht, können eingezogen werden. Im übrigen gelten die Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes über Voraussetzung der Einziehung, das selbständige Einziehungsverfahren und die Entschädigung entsprechend.

## § 15

Die §§ 42 und 43 Abs. 3 bis 6 des Außenwirtschaftsgesetzes gelten entsprechend.

## § 16

Die Verwaltungsbehörde, die Einfuhr- und Vorratsstelle und die Außenhandelsstelle können die ihnen durch § 44 des Außenwirtschaftsgesetzes eingeräumten Befugnisse auch ausüben, um die Einhaltung der Schweinefleisch-Verordnung, der Eier-Verordnung, der Geflügelfleisch-Verordnung, dieses Gesetzes und der zur Durchführung der genannten Verordnungen und dieses Gesetzes ergangenen Rechtsvorschriften zu überwachen.

## § 17

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

## § 18

Dieses Gesetz tritt am 30. Juli 1962 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. Juli 1962

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Schwarz

**Verordnung  
über die Verlegung des Stichtags für die Bewertung von Aktien  
in den Fällen einer im Jahre 1960 durchgeführten Kapitaländerung**

Vom 21. Juli 1962

Auf Grund des § 69 Abs. 3 des Bewertungsgesetzes in der Fassung des Artikels 8 des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13. Juli 1961 (Bundesgesetzblatt I S. 981) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

## § 1

**Abweichender Bewertungsstichtag**

(1) In den Fällen des § 69 Abs. 2 Satz 2 des Bewertungsgesetzes wird anstelle des 31. Dezember 1960 der 31. August 1961 als Stichtag bestimmt. Dieser abweichende Stichtag gilt nur für Aktien, die zum amtlichen Börsenhandel zugelassen oder in den geregelten Freiverkehr einbezogen sind.

(2) Die Vorschriften des § 4 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer in der Fassung vom 2. November 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1917) bleiben unberührt.

## § 2

**Anwendung im Land Berlin**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 25 des Steueränderungsgesetzes 1961 auch im Land Berlin.

## § 3

**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 21. Juli 1962

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen  
Dr. Starke